

An die Abgeordneten
des Nationalrats

Betreff: Österreichs bilaterale Hilfe darf nicht stagnieren – große Herausforderungen brauchen entsprechende Mittel

Wien, 11. November 2021

Sehr geehrte Abgeordnete,
sehr geehrter Abgeordneter,

anlässlich des bevorstehenden Budgetbeschlusses für das Jahr 2022 appellieren wir heute als Dachverband von 34 Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit an Sie, Österreichs **bilaterale Mittel für Hilfe vor Ort** nicht stagnieren zu lassen. Unsere Mitgliedsorganisationen führen jährlich 1.000 Programme in über 120 Ländern durch und unterstützen Menschen in ärmeren Ländern dabei, die größten Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen: **COVID-19, bewaffnete Konflikte, Klimakrise und Armut** werden die Menschheit in Zukunft noch mehr fordern als bisher.

COVID-19 hat uns gezeigt, wie vernetzt unsere Welt ist, wie abhängig wir voneinander sind. Die Pandemie ist ein Brandbeschleuniger, der viele Erfolge der Entwicklungspolitik zunichtemacht: Laut UNO und Weltbank wird durch COVID-19 die Anzahl jener, die als extrem arm gilt, also jene Menschen, die von 1,60 Euro pro Tag leben müssen, auf über eine Milliarde steigen. Ein Blick nach Syrien, Afghanistan oder Äthiopien, einem langjährigen Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, zeigt, dass immer mehr und immer länger andauernde Konflikte Staaten destabilisieren, Existenzgrundlagen zerstören und letztlich viele Menschen töten. Auch die Klimakrise trifft Menschen in Ländern des globalen Südens besonders hart, obwohl sie am wenigsten dazu beitragen. Schätzungen zufolge wirken sich Bodenzerstörung, Wüstenbildung und Dürre schon heute auf das Leben von 1,8 Milliarden Menschen aus – auf jede und jeden fünften. Jeder dritte Mensch hat keinen durchgehenden Zugang zu sauberem Trinkwasser. Diese Zahlen und damit die Anzahl armer Menschen, die hungern und ihrer Lebensperspektiven beraubt sind, werden steigen.

Den Teufelskreis aus Armut, Hunger und Gewalt, der Menschen in die Flucht treibt und der durch COVID-19 sowie Klimakrise noch verstärkt wird, gilt es endlich zu durchbrechen. Es braucht einen gemeinsamen Kraftakt der Staatengemeinschaft, um die Welt krisensicher zu machen.

Die Erhöhungen des Auslandskatastrophenfonds und der bilateralen Mittel für die Austrian Development Agency (ADA) der letzten zwei Jahre sind richtige Schritte gewesen. Ebenso die gestern beschlossene Maßnahme, entbehrliche Impfdosen zu spenden und fünf Millionen Euro für Begleitmaßnahmen für die Umsetzung von Impfprogrammen zur Verfügung zu stellen.



Angesichts der sich gegenseitig verstärkenden Herausforderungen ist es aber umso bedauerlicher, dass die Finanzierung der **direkten bilateralen Projekthilfe der ADA im Budgetentwurf 2022 stagniert** – handelt es sich doch genau um jene *Entwicklungshilfe*, die unmittelbar bei den ärmsten Menschen der Welt ankommt und bei der Österreichs Engagement sichtbar wird. Mit zusätzlichen Mitteln der bilateralen Projekthilfe können chronisch unterversorgte Gesundheitssysteme ärmerer Länder gestärkt werden – eine ganz wichtige Voraussetzung, um die Pandemie zu besiegen, die Verbreitung weiterer Virusvarianten zu stoppen und diese Länder für künftige Gesundheitskrisen langfristig besser zu rüsten. Oder es können Maßnahmen gesetzt werden, um negative Folgen der Klimakrise abzuschwächen und Menschen gegen diese widerstandsfähiger zu machen. Letztlich geht es darum, Menschen Chancen und Lebensperspektiven zu ermöglichen, sei es mit den genannten Maßnahmen, Bildungsprogrammen oder Programmen zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit. All das kann bilaterale Entwicklungszusammenarbeit leisten, und zwar langfristig.

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Abgeordneter, wir wenden uns mit unserem Appell an Sie: **Setzen Sie sich dafür ein, dass die bilateralen Mittel der ADA für 2022 im Sinne des Regierungsprogramms erhöht werden**, und Österreich den Vergleich zu anderen Staaten nicht scheuen muss. Während Österreich laut Angaben der OECD im Jahr 2020 pro Kopf 51 Euro für bilaterale Hilfe aufwendete, waren es in den Niederlanden 180 Euro und in Schweden 302,5 Euro pro Einwohner*in. Eine Stagnation der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf niedrigem Niveau widerspricht letztlich auch dem Regierungsprogramm. Als Staat, der sich als verantwortungsvoller Partner ärmerer Länder positioniert, ist Österreich angesichts der großen, globalen Herausforderungen unserer Zeit gefragt, seine Partnerländer bestmöglich zu unterstützen und krisensicher zu machen. Mehr direkte Projekthilfe ist nicht nur im Sinne des Regierungsprogramms, sondern kann auch maßgeblich dazu beitragen, das Ansehen Österreichs in der Welt zu stärken. Daher bitten wir Sie, mit uns gemeinsam an einem Strang zu ziehen.

Wir ersuchen Sie, sich im Rahmen des Budgetprozesses für einen All-Parteien Antrag für entsprechende Verbesserungen einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Mag.^a Annelies Vilim
Geschäftsführerin
AG Globale Verantwortung